

84

(AB)

Beschluss-(Resolutions-)antrag

Der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Mag. Manfred JURACZKA und Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 30.06.2020 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Umwelt und Wiener Stadtwerke)

betreffend Errichtung einer Lärmschutzwand entlang der U6

In einer schnell wachsenden Stadt wie Wien liegt ein besonderes Entwicklungspotential in den Randbezirken. Vor allem entlang der U6 siedeln sich im Bezirk Liesing immer mehr Leute an, weshalb damit in Verbindung stehend sich auch die Anzahl der vom Lärm der vorbeifahrenden U-Bahn gestörten Bewohnerinnen und Bewohner erhöht.

Zahlreiche Anrainerinnen und Anrainer müssen jeden Tag den Lärm der U-Bahn zwischen Alterlaa und Siebenhirten ertragen. Laut WHO wird ab einem Wert von 50 Dezibel von einer starken Lärmbelästigung ausgegangen. Die hier gemessenen Werte betragen teilweise über 80 Dezibel, weshalb dringender Handlungsbedarf gegeben ist. Das Problem wird verstärkt, da seit Mai 2020 jede U6 bis nach Siebenhirten fährt. Dies erhöht die Lärmbelästigung noch zusätzlich und die Anrainer/innen finden bis tief in die Nacht keine Ruhe.

Viele der Betroffenen haben deshalb die Petition der "Parteiunabhängigen Bürgerinitiative Wiesenstadt" unterschrieben, die den Bau einer Lärmschutzwand auf beiden Seiten der U6-Strecke fordert. Auch wenn in der Bezirksvertretung diesbezüglich Einigkeit besteht, wird die Thematik auf Wienebene weiterhin vernachlässigt und die Personen mit diesem Problem alleine gelassen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, die Errichtung einer Lärmschutzwand zwischen den U6 Stationen Alterlaa und Siebenhirten umzusetzen sowie alle weiteren Maßnahmen in die Wege zu leiten, um die Lärmbelästigung der angrenzenden Anrainerinnen und Anrainer sofort zu reduzieren.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung gefordert.

Wien, 30.06.2020

